Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV012/2023

Federführendes Amt:
Stadtentwicklungsamt

Beratungsfolge	Behandlung	Termin
Verbandsversammlung	Kenntnisnahme	13.12.2023

Betreff:

Antrag der FWV auf Aussetzung der Kontrollen im Außenbereich des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden

Beschlussvorschlag:

Der Antrag der FWV-Fraktion wird abgelehnt.

Begründung:

Auf den Antrag der Freien Wählervereinigung Winnenden (FWV) vom 20. November 2023 in der Anlage wird verwiesen. Es wird beantragt, die Kontrollen im Außenbereich des Gemeindeverwaltungsverbandes bis auf Weiteres auszusetzen.

Im Jahr 2016 hat der GVV Winnenden begonnen, die jahrelang im Außenbereich aus Personalknappheit vernachlässigte Bearbeitung von ungenehmigten Vorhaben aufzugreifen. Dazu wurde ein Team aus 1,4 VZÄ gebildet: eine Sachbearbeiterin (0,8 VZÄ) und ein Baukontrolleur (0,6 VZÄ) wurde eingestellt und führt seither regelmäßig Kontrollen und die baurechtlichen Verfahren für den Bereich des GVV durch.

Ziel war die Aufarbeitung und Ahndung von ungenehmigten Bauten. Mit einem rechtlich beratenen gebietsweisen Vorgehen wurden gute Erfahrungen gemacht und praktisch sämtliche Überprüfungen durch das Verwaltungsgericht bestätigten in der Folge das Vorgehen des GVV. Die erreichten Fortschritte sind bemerkenswert.

Den anderen Sachbearbeitern im Baurechtsamt, die die Baugenehmigungsverfahren für die Verbandsgemeinden bearbeiten, wurde diese Aufgabe, insoweit sie sich diesen zeitlich überhaupt widmen konnten, abgenommen, so dass diese sich den Baugenehmigungsverfahren im Innenbereich voll widmen konnten, was durch die Entlastung einen kleineren positiven Effekt auf Dauer von Genehmigungsverfahren hatte.

Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV012/2023

Von den FWV wurde bemängelt, dass 30 Jahre Wildwuchs zugelassen und nicht kontrolliert wurde und Probleme vermieden worden wären, wenn damals gleich bei Entstehen der Bauten eingegriffen worden wäre. Der Vorschlag der FWV, die Kontrollen auszusetzen, würde dann dazu führen, dass diese Situation wieder eintreten würde. Ein Aufgreifen in späteren Jahren, sofern es dazu kommen würde, würde wiederum zu großem Aufwand der Baurechtsbehörde und gleichfalls zu Unmut unter den Stücklesbesitzern führen.

Im Außenbereich gilt der Grundsatz der größtmöglichen Schonung dieses Gebiets. Bauliche Anlagen dürfen nur sehr eingeschränkt errichtet werden (§ 35 Abs. 1 und 2 Baugesetzbuch (BauGB)). Die Überwachung der Einhaltung von öffentlich-rechtlichen Vorschriften ist Pflichtaufgabe der Baurechtsbehörde gemäß § 47 Abs. 1 Landesbauordnung (LBO).

Der GVV hat durch seinen Appell an die Landesministerien bereits die Problematik dargelegt und um Prüfung gebeten, wie die bau- und naturschutzrechtlichen Regelungen angepasst werden können, damit Grundstücke im Außenbereich und insbesondere auch Streuobstwiesen weiter gepflegt und in der Freizeit genutzt werden. Nun ist es Aufgabe des Gesetzgebers zu prüfen ob und welche Änderungen vorgenommen werden können. Welche Änderungen seitens des Gesetzgebers kommen, ist offen. Bis zu diesem Zeitpunkt sind jedoch die aktuell geltenden gesetzlichen Regelungen anzuwenden. In einem Gespräch mit den drei betroffenen Landesministerien am 9. November 2023 wurde dem GVV und der Initiative Streuobstwiesen der OGVs zugesagt, dass sich die drei Ministerien auf ein koordiniertes Vorgehen in dieser Frage verständigen wollen.

Auch in anderen Kommunen wird gegen derartige Verstöße vorgegangen. Um ein rechtssicheres Vorgehen zu gewährleisten, sind auch hier Gebiete abzugrenzen, da das Vorgehen sonst rechtlich nicht tragfähig ist.

Die Erfahrung zeigt, dass Kontrollen im Außenbereich sinnvollerweise eine Daueraufgabe sind, da nur durch eine fortlaufende Überwachung das illegale Bauen eingeschränkt werden kann und bleibt.

Zusätzliche Aufgaben bei den Baugenehmigungsverfahren im Innenbereich werden von beiden Sachbearbeitern im Außenbereich teilweise heute als Unterstützung für die Kollegen im Innenbereich schon übernommen. Ein volles Einsetzen der beiden Mitarbeitenden in diesem Bereich scheidet mangels der notwendigen fachlichen Kenntnisse aus.

Gemeindeverwaltungsverband Winnenden

S i t z u n g s v o r l a g e

Nr. GVV012/2023

Rechtslage:

Gemäß § 47 Abs. 1 LBO ist die Überwachung der baurechtlichen und der anderen öffentlich-rechtlichen Vorschriften eine Pflichtaufgabe der Baurechtsbehörde ist. Diese kann nicht für Teile der Aufgabe vom GVV abgelehnt werden. Als Baurechtsbehörde ist der GVV einheitlich für den Außenbereich und den Innenbereich zuständig und kann sich nicht auf Teile der Zuständigkeit zurückziehen.

Dem Antrag kann daher aus Rechtsgründen nicht entsprochen werden. Ein entsprechender Beschluss der Verbandsversammlung wäre rechtswidrig. Diesem müsste daher seitens des Verbandsvorsitzenden auch widersprochen werden.

CO ₂ -Relevanz:			
Auswirkung auf den Klimaschutz	Nein ☐	Ja positiv ☒ negativ ☐	geringfügig ☒ erheblich ☐

Begründung / Optimierung: Klimarelevante Auswirkungen sind mit den Kontrollen im Außenbereich geringfügig verbunden.

Verwaltungsaufwand:	
Auswirkung auf die Verwaltungsarbeit	Nein ☒ Ja Verwaltungsaufwand wird erhöht ☐ Verwaltungsaufwand wird reduziert ☐

Anlagen:

Antrag der Freien Wählerversammlung Winnenden (FWV) auf Aussetzung der Kontrollen im Außenbereich des Gemeindeverwaltungsverbands Winnenden (Anlage 1)